

Brüssel, Freitag, 25. Juni 2021

GAP-Einigung nach Verhandlungsmarathon: In Zukunft gehen 80% der Gelder an kleine und Familienbetriebe

Für Norbert Lins (Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments) ist die heutige Einigung zur zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ein Erfolg für Landwirtschaft, Klima und Umwelt:

„Was lange währt, wird endlich gut - endlich steht die größte Agrarreform nach 1992. Sie wird ambitionierter und fairer und wird Landwirtinnen und Landwirte mehr ins Zentrum stellen. Wir haben eine gute Balance aus Nachhaltigkeit, Ernährungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit gefunden.

Die neue GAP wird vor allem kleinere und Familienbetriebe fördern. Diese gerechtere Verteilung der Direktzahlungen war für mich ein Kernthema der Reform. Mit einer erstmalig verpflichtenden Umverteilung von 10% unterstützen wir jetzt gezielt Bäuerinnen und Bauern mit kleineren Höfen. Dadurch gehen in Zukunft über 80% der Zahlungen an Betriebe bis 250 ha – das ist ein großer Erfolg! Gerade der kleinstrukturierten Landwirtschaft in meiner Heimat Baden-Württemberg wird dies helfen. Mehr Ambition hätte ich mir bei der internen Konvergenz gewünscht - also der Angleichung der Direktzahlungen innerhalb eines Landes. Dies hätte die GAP noch fairer gemacht. Leider war der Rat hier nicht bereit, über 85% zu gehen.

Ich begrüße die heutige Einigung zu Umwelt- und Klimamaßnahmen - sie verbindet den richtigen Weg nach Paris mit einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft. Für die Jahre 2023-2027 werden 25 % der Direktzahlungen ausschließlich für die neuen Ökoregelungen verwendet. Es gibt eine gewisse Flexibilität, um Landwirtinnen und Landwirte an die Programme zu gewöhnen. Besonders die Flexibilität zwischen den Säulen ist für Baden-Württemberg interessant: Mitgliedstaaten, die bereits viel Agrarumweltmaßnahmen in der zweiten Säule anwenden, dürfen diese Beträge für Maßnahmen der Ökosysteme ausgleichen.

Die Diskussionen waren hart, aber als Parlament haben wir uns als ebenbürtiger Co-Gesetzgeber bewiesen. Deutlich mehr hätte ich mir von der Europäischen Kommission erwartet – die beiden anwesenden Kommissare hätten mehr konstruktive Schlichtungsbeiträge einbringen müssen. Dies hätte die Verhandlungen sicherlich deutlich beschleunigt

Für weitere Informationen kontaktieren Sie das Büro Norbert Lins MdEP: +32-228-37819

Kernpunkte der Einigung:

- Ökoregelungen: Für die Jahre 2023-2027 werden 25 % der Direktzahlungen ausschließlich für die neuen Ökoregelungen verwendet. Dies bedeutet ein Umweltbudget von 48 Mrd Euro. Damit haben wir als Parlament geschafft, die Bereitschaft des Rates zu verdoppeln - dieser hatte ursprünglich 24 Mrd gefordert. Für die Jahre 2023 und 2024 wird eine sogenannte „Lernphase“ mit einer Mindestregelung von 20 % pro Jahr für Umweltmaßnahmen eingeführt ("Floor"). Die Differenz von 20% zu 25% in den beiden Lernjahren (insgesamt also 5%+5% ungenutzte Mittel) muss in den Jahren 2025-2027 zu 50% wieder eingeholt werden.
- Mindestens 35 % des gesamten ELER-Beitrags zum GAP-Strategieplan sind für Agrarumweltmaßnahmen reserviert.
- Verpflichtende Umverteilung von 10%: Im Gegensatz zur Kappung hilft dies kleinen Betrieben durch die Umverteilung von oben nach unten, und begrenzt nicht nur große Betriebe durch eine Obergrenze der Direktzahlungen (Kappung).
- Mitgliedsstaaten dürfen als Alternative auch Kappung oder Degression oder eine gezielte Förderung für kleine Betriebe oder vergleichbare Maßnahmen einführen, insofern diese den gleichen Umverteilungseffekt aufzeigen können und durch die Kommission in den nationalen Strategieplänen bewilligt wurde.
- In Zukunft sollen die Flächenprämien innerhalb der Mitgliedsländer angeglichen werden. Ab 2023 bis spätestens 2026 soll die interne Konvergenz auf mindestens 85 % der Höhe der Direktbeihilfen pro Hektar angeglichen werden.

Hintergrund:

Die Vorschläge zur neuen GAP wurden im Juni 2018 von der Vorgänger-Kommission durch Agrarkommissar Hogan vorgestellt. Diese umfassen drei Dossiers: Die Horizontale Verordnung über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der GAP (FMM), die Strategieplan-Verordnung (SPR) und die Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (CMO, deutsch GMO). Alle drei Berichte wurden bis zum Schluss als Paket verhandelt. Nach langen Verhandlungen beschlossen der Rat der EU und das Europäische Parlament fast zeitgleich im Oktober 2020 ihre jeweilige Verhandlungsposition. Die inter-institutionellen Verhandlungen (Trilogie) begannen unter deutscher Ratspräsidentschaft und wurden nun mit der portugiesischen abgeschlossen. Insgesamt gab es 25 Trilogie, darunter vier Supertrilogie zu den drei Dossiers gemeinsam, und über 100 Treffen auf technischer Ebene. Vom 24.-25. Juni fand ein „letzter Supertrilogie statt, in welchem nach 16 Verhandlungsstunden eine Einigung für eine ambitionierte, grünere, fairere und einfachere Reform gefunden wurde. Diese verbindet Einkommens- und Ernährungssicherheit, Umwelt- und Klimaschutz sowie eine neue soziale Dimension.